durch das Untersuchungsorgan. Vielfach ist der Kontakt zur Schule oder zum Betrieb nur über die Untersuchung der Straftat zustande gekommen und eine Einschätzung der Kraft des Kollektivs schwierig. Die Entscheidung zur Einstellung muß daher unter Berücksichtigung aller Umstände getroffen werden.

Darum ist auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, eine solche Sache an eine Konfliktkommission oder Schiedskommission zu übergeben. Zwar gehört die Beratung und Entscheidung durch ein gesellschaftliches Gericht zu dem System der Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit (§ 23 StGB), aber damit ist nicht gesagt, daß die Beratung und Entscheidung sowie die Erziehungsmaßnahmen des gesellschaftlichen Gerichts „leichter“ oder „schwerer“ als die Erziehungsmaßnahmen anderer staatlicher oder gesellschaftlicher Erziehungsträger sind. Unter dem Gesichtspunkt der Strenge oder Schwere können die Erziehungsmaßnahmen der Organe der Jugendhilfe, der anderen genannten Erziehungsträger und der gesellschaftlichen Gerichte nicht miteinander verglichen werden. Entscheidend ist vielmehr immer, durch welche Maßnahme der größte erzieherische Erfolg erzielt werden kann.

3.3. Besonderheiten der Einstellungsverfügung und der Einstellungsbescheide

In § 2 der Jugendhilfeverordnung heißt es u. a.: „Die Organe der Jugendhilfe organisieren das zielgerichtete Zusammenwirken der für die Erziehung Verantwortlichen zur Umerziehung erziehungsschwieriger und straffälliger Minderjähriger und gegen die Vernachlässigung und Aufsichtslosigkeit von Kindern und Jugendlichen.“²⁶ Es ist folglich nicht die Aufgabe der Organe der Jugendhilfe, die strafrechtliche Verantwortlichkeit eines Jugendlichen festzustellen und Maßnahmen zur Verwirklichung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit zu ergreifen. Eine Einstellung des Ermittlungsverfahrens nach § 75 Abs. 1 StPO setzt demnach, wie bereits betont, eine vorhergehende Zusammenarbeit des Untersuchungsorgans mit dem zuständigen Organ der Jugendhilfe voraus, in deren Ergebnis das Untersuchungsorgan von den bereits eingeleiteten oder über beabsichtigte Erziehungsmaßnahmen, die zur Überwindung der sozialen Fehlentwicklung ausreichen, Kenntnis erhalten hat.

In der Einstellungsverfügung muß dargelegt werden, daß das vom jugendlichen Beschuldigten verübte Vergehen — als Einheit subjektiver und objektiver Elemente — nicht erheblich gesellschafts-